

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Horst Siefaff MdB wirft Innenminister Zimmermann vor, nichts gegen die rechts-extremistische Agitation zu unternehmen: Neonazis immer frecher. Seite 1

Günther Heyenn MdB resümiert die Begegnung mit arbeitslosen Bonn-Besuchern: Hoffen auf die SPD. Seite 3

Dokumentation
Eine Delegation der SPD, die sich zehn Tage in Nicaragua aufhielt, klagt in einem Bericht die USA an und fordert zur Solidarität mit dem bedrohten zentralamerikanischen Land auf. Wortlaut Seite 5

40. Jahrgang / 175

13. September 1985

Neonazistische Agitation wird immer frecher

Doch Zimmermann läßt die Rechtsextremisten gewähren

Von Horst Siefaff MdB

Die Rechten werden immer dreister und die Bundesregierung und die zuständigen Landesbehörden bleiben nahezu untätig.

Es kann doch wohl nicht angehen, daß jeder kleine Beamte, jede Lehrkraft bange muß, aus dem Staatsdienst gedrängt zu werden, bei dem geringsten Ansatz von „Linkslastigkeit“, während die Neo-Nazis fleißig ihr nationalsozialistisches Gedankengut an Kiosken und an „Erinnerungsstätten“ wie im Berchtesgadener Land auf dem „Kehlstein“, einem ehemaligen Besitz Hitlers, verkaufen dürfen.

Die Verherrlichung nationalsozialistisches Gedankengutes ist so offenkundig und zahlreich, daß die zuständigen Behörden schon blind sein müssen, wenn sie davon nichts mitkriegen.

So schrieb die neonazistische „Deutsche Wochenzeitung“ am 6. September 1985 in einem Artikel unter dem Titel „Umweltschutz - ein alter Hut“ und dem Untertitel „Vor 48 Jahren war man im Dritten Reich schon weiter - Heute dagegen stochert man dagegen mit der Stange im Nebel“ ganz offen unter anderem: „Heute erfährt man ständig, was alles ‚anno nazimal‘ falsch oder gar verbrecherisch gewesen sein soll. Niemand aber weiß davon

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertrieben durch
den Bundesverband
der Zeitungsverleger



zu berichten, wie man vor bald einem halben Jahrhundert ein geradezu atemberaubendes Gedanken-
gebäude aufstellte zu Nutz und Frommen der künftigen Generationen."

Sodann wird aus einer Veröffentlichung unter dem Titel „Die landschaftlichen Grundlagen deutschen
Bauschaffens“ aus jener Zeit zitiert: „Wie oft sind heute aus einst heiter durch die Landschaft sich win-
denden Bächen lineal und zirkelgerechte Abzugsgräben mit harten Böschungen ohne Baum und Strauch
gemacht worden. Wie oft hat man sie dort, wo Industrie und Großstadtrand ins bäuerliche Land
hineingriffen und ihre Abwässer loswerden mußten, noch weiter zu zementierten Kloaken herabgewür-
digt!“

Herausgegeben wurde diese Druckschrift vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Und am Schluß
heißt es: „Es wäre gut, würde man uns - statt uns fortgesetzt nur Horrormeldungen aus Kriegstagen auf-
zünötigen - auch einmal solche Beweise echten staatsmännischen Denkens, Beweise wirklicher Zukunftsvor-
sorge zugänglich machen.“

Weiß der zuständige Innenminister Zimmermann und sein doch so forsch tuender Staatssekretär
Spranger wiederum nichts von diesem Sumpf? Während man sich im Verfassungsschutzbericht mit der
angeblichen Gefahr von links weitläufig befaßt, werden kommerzielle Werbungen mit dem Bild Adolf
Hitlers oder Emblemen des Dritten Reiches noch nicht einmal vom Verfassungsschutz beobachtet.

Von diesen systematischen Untergrabungen unseres Staates durch rechtsradikale Erzeugnisse wird
weitgehend geschwiegen. Die Verherrlichung nazistischen Gedankengutes wird geduldet.

(-/13.9.1985/rs/ks)

+ + +

Arbeitslose vier Tage in Bonn

Enttäuscht von der Regierung hoffen sie auf die SPD

Von Günther Heyenn MdB

Die Einladungen für Besucher nach Bonn sind hinlänglich bekannt. Wir haben als schleswig-holsteinische Landesgruppe der SPD-Abgeordneten daher überlegt, einmal aus dem üblichen Einladungsrhythmus herauszukommen und uns besonderen Problembereichen zuzuwenden. Ergebnis: Wir haben eine Gruppe von Arbeitslosen eingeladen. Wir haben dies getan - die Gruppe war in der vergangenen Woche in Bonn - mit einem Erfolg, der uns überlegen läßt, dies zu einer regelmäßigen Einrichtung werden zu lassen. Unsere Gäste, dies waren überwiegend Langzeitarbeitslose, die Gewerkschaftsmitglieder der IG-Metall, der Gewerkschaft Druck und Papier, der Gewerkschaft Textil Bekleidung und der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten sind. Diese arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen werden durch das Hilfswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Kiel e.V. betreut und haben über dieses die Einladungen erhalten.

Die Betreuungsstelle in Kiel hat zusammen mit den Teilnehmern die Fahrt intensiv vorbereitet. Aufgrund der speziellen Interessenlage wurden nach einem eintägigen Vorbereitungsseminar spezielle Themen für die zu besuchende Ministerien sowie für die Besuche im Offenhauer-Haus und bei der CDU vorgegeben. Wir haben dann versucht, für all diese Themenbereiche - sie kreisten verständlicherweise im wesentlichen um das Problem Arbeitslosigkeit - kompetente Gesprächspartner zu finden, was trotz klarer Vorgaben nicht immer gelungen ist.

Die Fragen waren aufgrund der direkten Betroffenheit der Arbeitslosen nicht theoretisch, nicht langfristig, sondern auf direkte Probleme, die diesen unter den Nägeln brannten, ausgerichtet. Das sind dann Fragen wie zum Beispiel: Wie ist das mit der Situation in der Familie, wenn der Mann drei Jahre arbeitslos ist? Mit der Diskriminierung der Kinder von Arbeitslosen in der Schule, wenn sie bei Klassenfahrten um Zuschüsse bitten müssen? Mit den Aussagen von Mitschülern dieser Kinder, „ach, Dein Vater ist ja arbeitslos“, und das gipfelt dann in der Problematik, wenn der Vater mehrere Jahre arbeitslos ist und der Sohn aus der Schule kommt und hat ebenfalls keine Chance, einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Die Diskussion, die auch wir schleswig-holsteinischen Abgeordneten mehrfach mit den Arbeitslosen gesucht haben, war teilweise wirklich bedrückend. Die Forderung der Betroffenen ist natürlich, möglichst schnell, am besten sofort ihre Lage grundlegend zu verbessern.

Auch in den Ministerien wurden entsprechende Fragen gestellt, im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, im Ministerium für Jugend, Familie, Gesundheit, im Ministerium für Forschung und Technologie, im Wirtschaftsministerium und im Verteidigungsministerium. Trotz ihrer persönlich oft schwierigen Situation traten die Arbeitslosen sehr selbstbewußt auf, waren hingegen häufig von den Reaktionen enttäuscht. Es waren Reaktionen von Leuten, die - wenn überhaupt - einen theoretischen Zugang zur Arbeitslosigkeit haben und selber nie vor diesem drückenden Problem standen und möglicherweise auch nie stehen werden. Die Arbeitslosen erwarten zu Recht, daß ihr Problem als vorrangig in allen Bereichen und von allen Ministerien behandelt wird. Dies ist - wie wir schon länger wissen - bei dieser Regierung nicht der Fall.

Wir haben versucht den Arbeitslosen unsere Vorschläge, unsere Programme, die wir in den letzten zwei Jahren erarbeitet haben, näher zu bringen. Ich glaube, daß wir mit unseren Vorschlägen für ein Programm „Arbeit und Umwelt“, für ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit und für ein neues Arbeitszeitrecht mit einer wesentlichen Verringerung der Überstunden bei den Betroffenen auf Verständnis gestoßen sind. Allerdings mußten wir zugestehen, daß auch wir nicht in der Lage sein werden, in kürzester Zeit die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Aus all dem, was gesagt wurde, läßt sich der Schluß ziehen, daß die Arbeitslosen ihre Hoffnung in eine Regierungsübernahme der SPD 1987 setzen. Für uns muß in der Tat die Arbeitslosigkeit das Thema Nummer 1 bleiben. Unser Ziel muß es sein, weitere nach einer möglichen Regierungsübernahme umsetzbare Schritte zu entwickeln, die die Arbeitslosigkeit um mehr als die bisher errechneten vielleicht 600.000 bis 1.000.000 zu verringern. Das Vertrauen, das in uns gesetzt wird, müssen wir mit vielen Einzelmaßnahmen einer wohlgedachten Beschäftigungspolitik und einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit - und dies auch im öffentlichen Dienst - rechtfertigen.

(-/13.9.1985/rs/ks)

+ + +

DOKUMENTATION

SPD-Delegation: USA finanzieren Terror gegen Nicaragua

In Abstimmung mit mehreren SPD-Landesvorständen und SPD-Landtagsfraktionen besuchte eine Delegation mit dem saarländischen Umweltminister Jo Leinen, dem Tübinger Theologieprofessor Norbert Greinacher und der Publizistin Ursula Junk vom 1. bis 10. September Nicaragua. Hintergrund dieser Delegation war der Beschluß der SPD-Fraktionsvorsitzenden der Bundesländer vom 27. September 1984, durch eigene entwicklungspolitische Hilfsprojekte die Zusammenarbeit mit Nicaragua zu verstärken und das Einfrieren bereits zugesagter Mittel durch die Bundesregierung in Höhe von 40 Millionen DM teilweise auszugleichen. Die Delegation veröffentlichte nach ihrer Rückkehr in Bonn jetzt folgende Erklärung.

1. Die Delegation beschuldigt die USA, den Entwicklungsprozeß in Nicaragua gezielt zu zerstören. Die aktuelle Situation in Nicaragua ist gekennzeichnet durch eine katastrophale Auswirkung des US-Handelsboykotts, der von Präsident Reagan Anfang Mai in Bonn ausgerufen wurde. Wegen der totalen Abhängigkeit Nicaraguas von den USA durch die 45jährige Somoza-Regierung führt dieser Handelsboykott zu schlimmen Zuständen. In Krankenhäusern fehlen Medikamente, der öffentliche Personentransport wird durch fehlende Ersatzteile lahmgelegt, ausbleibende Zulieferungen behindern die Industrieproduktion.

Die Leidtragenden des US-Handelsboykotts ist die Masse der einfachen und armen Leute. Die Nicaragua-Politik von Präsident Reagan ist deshalb unmenschlich.

2. Die Delegation wirft den USA vor, einen terroristischen und verbrecherischen Krieg gegen Nicaragua zu unterstützen. Ehemalige Somoza-Gardisten und mit Dollars bezahlte Söldner führen fast täglich heimtückische Anschläge gegen zivile Objekte und Personen durch. Circa 15.000 in Honduras und 1.000 in Costa Rica von US-Militärberatern ausgebildete Contras versetzen große Teile des Landes in Angst und Schrecken.

- In der Region Zelaya wurden mehrere Hundert Holzarbeiter nach Honduras verschleppt.

- In der Stadt Esteli wurde ein Bus überfallen und zehn Frauen vergewaltigt und getötet.

- In Nueva Sagostia wurde eine Kaffee-Kooperative zerstört und etliche Campesinos verschleppt.

Dieser von den USA finanzierte und geförderte Terror führt zu erheblichen menschlichen und materiellen Verlusten, die Nicaragua aus eigener Kraft nicht ausgleichen kann.

3. Die Delegation wirft der Bundesregierung und insbesondere der CDU/CSU vor, die menschenverachtende Großmachtspolitik der USA in Mittelamerika zu unterstützen und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik über die tatsächlichen Vorgänge in Nicaragua zu täuschen.

Das Einfrieren der bereits zugesagten 40 Millionen DM Entwicklungshilfe für Nicaragua und das Verbot an den DED, neue Projekte in Nicaragua zu beginnen, ist entwicklungspolitisch durch nichts gerechtfertigt und erfolgt ausschließlich aus einer ideologischen Feindmentalität gegenüber der Regierung in Managua. Durch das Erdbeben von 1972 und den jahrelangen Befreiungskrieg gegen die Somoza-Diktatur gehört Nicaragua zu den ärmsten mittelamerikanischen Ländern.

Die Sandinisten haben am 9. September 1985 nochmals in einer Erklärung deutlich gemacht, daß die Prinzipien der Blockfreiheit, des Pluralismus und der gemischten Wirtschaft im neuen

Verfassungsstatut garantiert werden. Mit sieben Parteien im Parlament und Massenmedien aus allen politischen Richtungen stellt Nicaragua heute eine freiere Demokratie dar, als sie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern besteht. Würde die Bonner Entwicklungspolitik mit denselben Maßstäben arbeiten, dann dürfte es für Guatemala, Honduras und El Salvador keinen Pfennig Entwicklungshilfe geben.

Scharfe Kritik übt die Delegation an CDU-Generalsekretär Geißler, der für Ende Oktober in Bonn einen Anti-Nicaragua-Kongreß plant und dort insbesondere Mißbrauch mit dem Problem der Miskito-Indianer treiben will.

Die Regierung von Managua versucht seit Monaten intensiv einen Ausgleich mit den Indianern zu erreichen und bereitet einen Autonomie-Status für das Indianergebiet vor. Diese Autonomie für die nicaraguanische Atlantik-Küste hätte einen exemplarischen Charakter für die Rechte der Indios und anderer Minderheiten in vielen lateinamerikanischen Ländern. Deshalb ist leider zu befürchten, daß die USA den Versuch eines Autonomie-Statuts und damit einer Befriedung der Atlantik-Küste unterlaufen und dabei von Kräften unterstützt werden, die Nicaragua in der Vergangenheit die Verletzung der Indio-Rechte vorgeworfen haben.

Der Anti-Nicaragua-Kongreß von Heiner Geißler wird auf diese Widersprüchlichkeit und Heuchelei hin zu beobachten sein.

4. Nicaragua braucht dringend ausländische Hilfe zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung.

Damit nach der alten Abhängigkeit von den USA keine neue Abhängigkeit von der UdSSR erfolgt, sind die europäischen Länder zur aktiven Entwicklungshilfe für Nicaragua aufgerufen.

Um die Abstinenz der Bundesregierung zu kompensieren, werden SPD-Landesverbände und SPD-Landtagsfraktionen auf eigene Initiative Entwicklungshilfe-Projekte durchzuführen.

Die Delegation schlägt folgende Projekte vor:

- o Ausstattung eines Krankenhauses in Puerto Catecas in Nord-Zelaya.
- o Aufbau einer Sägemühle zum Bau von Häusern bei Waspam/Nio Coco.
- o Bau einer Anlage zur Herstellung von Holzkohle, um den Energiemangel bei der Nahrungszubereitung abzumildern.
- o Lieferung von Materialien zum Aufbau eines Fischereibetriebes in Prinzapolka/Zelaya.

Die Delegation regt darüber hinaus an, Städtepartnerschaften zwischen bundesdeutschen und nicaraguanischen Kommunen zu intensivieren - nach dem Vorbild von Nürnberg, Dietzenbach, Bielefeld und Bremen.

(-/13.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

